

# Freiheit vs. staatliche Intervention

Die Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren führte zu einer Verbreitung der kommunistischen Ideen im Arbeitermilieu. Bei den deutschen Nachbarn kamen die Nationalsozialisten an die Macht. In diesem aufgeheizten politischen Klima stimmte die Abgeordnetenversammlung im April 1937, auf Vorschlag der konservativen Regierung, ein sogenanntes „Ordnungsgesetz“. Dadurch sollten die kommunistische Partei und alle Verbände und Gruppierungen, die durch Gewalt

versuchten die Verfassung oder die Gesetze des Landes zu ändern, aufgelöst werden. Die Gegner dieses Gesetzes bezeichneten es als „Maulkorbgesetz“. Aufgrund wachsenden Widerstands organisierte die Regierung am 6. Juni 1937 ein Referendum, um sich das Gesetz bestätigen zu lassen. 50,67% der Luxemburger\*innen lehnten das sogenannte „Maulkorbgesetz“ ab, da es u.a. eine Beeinträchtigung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit darstellte.

## Karikatur von Albert Simon veröffentlicht im Escher Tageblatt am 24. April 1937



In der Mitte der konservative Regierungschef Joseph Bech.

## Auszug aus einem Aufruf der Rechtspartei im Luxemburger Wort am 25. Mai 1937 im Vorfeld des Referendums

### Zum Volksentscheid am 6. Juni über das Gesetz zum Schutz der sozialen und politischen Ordnung

#### I. Was will das Gesetz?

1. Es verbietet die kommunistische Partei und die der kommunistischen Internationale angegliederten Vereinigungen.
2. Es beauftragt die Regierung alle Vereinigungen aufzulösen, die durch Gewalt oder Drohungen oder durch Bildung bewaffneter oder paramilitärischer Verbände die Verfassung ändern oder das freie Funktionieren der verfassungsmäßigen Einrichtungen behindern wollen. Gegen den Entscheid der Regierung ist ein Rekurs beim Staatsrat zulässig. Das, und nur das ist der Sinn des Gesetzes! Alles andere, was die Gegner drum und dran hängen ist Phrase, Ablenkungsmanöver, Verdrehung und Lüge.

Das Gesetz verbietet nicht - wie seine Gegner glauben machen wollen -: die Meinungsfreiheit, die Rede- und Pressefreiheit, das Streikrecht, die berufliche und sonstige Vereinigungsfreiheit, die auf legalem Wege ihre Ziele verfolgt. Im Gegenteil, sein Zweck ist gerade die Verfassung und unsere demokratischen Freiheiten zu schützen gegen alle diejenigen, welche sich zusammenschließen, um sie mit Gewalt zu stürzen. Lest selbst das Gesetz! ... dann überlegt ... und dann erst entscheidet als freie, denkende Luxemburger. [...]

IV. Als echte Luxemburger: Wir stimmen mit einem Kreuz unterm Ja, und das Resultat vom 6. Juni wird einfach das sein, dass es keine kommunistische Partei mehr gibt und keine faschistische je geben wird, sondern nur eine freie und national weiter aufbauende Luxemburger Volksgemeinschaft. [...]

- In welchem historischen Zusammenhang wurde das Gesetz vom April 1937 vorgeschlagen? Weshalb wird dieses Gesetz im Volksmund als „Maulkorbgesetz“ bezeichnet? Wie reagierte die Regierung auf die Kritik am Gesetz?
- Bestimmt, ob die vorliegenden Dokumente jeweils für oder gegen das Gesetz sind. Beschreibt anschließend die Karikatur. Welche Symbole und Metaphern werden benutzt? Welche Botschaft wird vermittelt? Mit welcher Begründung will die Rechtspartei am Gesetz festhalten? Erläutert, wie der Begriff „Demokratie“ in beiden Dokumenten verwendet wird, um die jeweilige Position zu untermauern.
- Wie würdest du heute entscheiden? Bist du für einen starken Staat, der zum Schutz der bestehenden politischen und sozialen Ordnung eine Organisation oder eine politische Partei auflösen kann, die mit Gewalt und Drohungen agiert? Ja oder Nein? Begründe deine Antwort. Oder darf der Staat, deiner Meinung nach, unter keinen Umständen die Freiheitsrechte einschränken?



**Dilemma**

Unter einem Dilemma versteht man das Aufeinanderprallen zweier gleichrangiger, aber unvereinbarer Werte bei einer Entscheidungssituation, die in jedem Fall zu einer unbefriedigenden Lösung führt.

Einerseits vertritt der Staat die Rechtsordnung und schränkt dadurch möglicherweise die Freiheit des Einzelnen ein. Andererseits hätte der Staat die Möglichkeiten einzugreifen, um den Einzelnen zu schützen.

YES...NO.....YESNO...YES NOYES...YES  
 YES...NOYESNO...YES...NO YESNO..  
 ...NO.....YES...NO.....YES NOYES  
 NO.....YES NO

**Mögliche Gesetzesvorschläge**

Pro Kontra

1.	Armee, Polizei und Sicherheitskräfte werden aufgelöst. Jeder/e Bürger*in ist für sich und seine/ihre Familie verantwortlich.		
2.	Der Staat sorgt für eine verstärkte Sicherheit seiner Bürger*innen, indem an allen öffentlichen Plätzen Überwachungskameras angebracht werden.		
3.	Das Bildungsministerium legt die Lehrpläne für die Schulkinder nicht fest.		
4.	Das Bildungsministerium legt eine Kleiderordnung an den Schulen fest.		
5.	Die Regierung kontrolliert die Internetzeit der Minderjährigen und kappt zu ihrem Schutz täglich nach einer Stunde die Verbindung.		
6.	Das Aufhängen von Werbung ist verboten, um das Straßenbild möglichst unberührt zu halten.		
7.	Der Staat errichtet eine „staatliche Ernährungsstelle“. Dieses Büro versorgt alle Bürger*innen und jeden Haushalt mit gesundem Essen, sodass es weniger Menschen mit Herzproblemen oder Übergewicht gibt.		

**Entscheide dich!**

Meiner Meinung nach sollte der Staat eingreifen, wenn:

Der Staat sollte nicht in die Freiheiten seiner Bürger\*innen eingreifen, wenn:

- Kreuzt jeweils an, ob ihr die Gesetzesvorschläge akzeptiert oder nicht.
- Welches der folgenden Prinzipien vertreten die jeweiligen Gesetzesvorschläge: Freiheit, Eigenverantwortung, Sicherheit, Jugendschutz?
- Diskutiert anschließend in 4er-Gruppen sämtliche Gesetzesvorschläge. Findet Argumente für die jeweiligen Handlungsoptionen. Legt in der Gruppe fest, ob der Vorschlag angenommen oder abgelehnt wird.
- Wird die Freiheit von Einzelpersonen oder die von Gruppen geschützt? Wessen Freiheit wird durch die Intervention des Staates beeinträchtigt?
- Bestimmt anschließend, wann der Staat sich in das Leben seiner Bürger\*innen einmischen soll und wann nicht? Weshalb? Findet weitere konkrete Beispiele.